

ARBEITGEBER BLOCKIEREN ANGLEICHUNG! JETZT REICHT'S! WIR LASSEN UNS NICHT HINHALTEN



Das war die einhellige Meinung unserer Gesprächskommission und der Hintergrundkommission, in der auch die Bezirksleiter aller ostdeutschen Bezirke vertreten waren.

Bis zum Schluss waren die Arbeitgeber nicht bereit, konstruktiv über einen Weg zur Angleichung der Arbeitszeit hin zur 35-Stundenwoche zu reden. Stattdessen wurde von ihnen ein Forderungspaket namens TV Future aufgebaut, das man nur als Giftcocktail bezeichnen kann.

Eine belastbare Einführung der 35-Stundenwoche wird von ihnen auf das Jahr 2031 verschoben. Dafür fordern die Arbeitgeber von der IG Metall eine zwölfjährige Friedenspflicht in der Arbeitszeit.

Alle Vorschläge der IG Metall, die Verkürzung der Arbeitszeit in den nächsten Jahren in Schritten unter Berücksichtigung der Situation der Betriebe verbindlich umzusetzen, wurden abgelehnt.

Statt verbindlichen Umsetzungsschritten zur Arbeitszeitverkürzung blasen die Arbeitgeber zur Attacke auf den Flächentarifvertrag in Ostdeutschland.

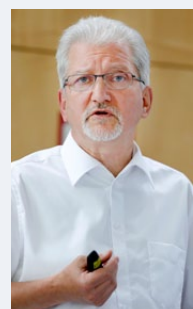
Die Wochenarbeitszeit soll nicht mehr im Manteltarifvertrag geregelt, sondern an die Betriebsparteien übertragen werden. Der von den Arbeitgebern geforderte „Arbeitszeitkorridor“ zwischen 30 und 40 Wochenstunden unterwirft die persönlichen Arbeitszeiten der Arbeitnehmer

»Der Versuch, mit Gesamtmetall eine Verständigung für ganz Ostdeutschland herbeizuführen, ist offensichtlich nicht machbar. Die Arbeitgeber wollen keine Angleichung der Arbeitsbedingungen Ost an West. Sie wollen den Osten zu einem Experimentierfeld für Deregulierung machen. Dafür steht die IG Metall nicht zur Verfügung!

Unsere Forderungen, dass es verbindliche Regelungen im Flächentarifvertrag gibt und die Arbeitszeitverkürzung bei den Beschäftigten ankommen muss, geben wir nicht auf. Für uns stehen jetzt erneut die regionalen Arbeitgeberverbände in der Verantwortung. Sie sind für uns die Tarifvertragspartei. Aus dieser Verantwortung entlassen wir sie nicht.

Aber auch die Geschäftsführungen der Mitgliedsunternehmen der Verbände werden jetzt von uns herausgefordert. Von den Belegschaften höchsten Einsatz und Flexibilität zu fordern, aber in der Frage der Arbeitszeitverkürzung abzutauchen, das werden wir nicht akzeptieren. Die weitere Vorgehensweise werden wir nun in den betrieblichen und regionalen

Tarifkommissionen beraten.«



Olivier Höbel,
IG Metall Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen und Verhandlungsführer für Ostdeutschland

komplett dem Diktat von Produktionsschwankungen. Die Arbeitgeber wollen ihr Risiko voll auf die Arbeitnehmer übertragen und ihnen auch noch schwankende Einkommen je nach gerade geltender Arbeitszeit zumuten.

Die Forderungen der Arbeitgeber würden dem Tarifvertrag die Regelungskompetenz zur Arbeitszeit entziehen und damit den Flächentarifvertrag schwächen. Die Arbeitszeit der einzelnen Arbeitnehmer würde mehr oder weniger schutzlos dem Produktionsdruck in den Betrieben ausgesetzt und damit würde einer schrankenlosen Ausweitung der Arbeitszeit Tür und Tor geöffnet werden.

Die von den Arbeitgebern gewollte 12-jährige Friedenspflicht würde den Arbeitnehmern jede Möglichkeit der tariflichen Gegenwehr nehmen. Der Versuch der Arbeitgeber, ihre Position zu diktieren, wird an den Äußerungen von Gesamtmetall in den Verhandlungen deutlich: „Wenn die IG Metall sich nicht auf unser Modell einlässt, dann wird es nicht gehen.“

Diese Arbeitgeberposition ist eine Kampfansage an alle ostdeutschen Arbeitnehmer.

Diese Bedingungen haben die Arbeitgeber gestellt:

- ▶ Keine verbindliche Regelung der 35 im Flächentarifvertrag vor 1.1.2031 – nur freiwillig auf betrieblicher Ebene!
- ▶ Freiwillige Regelungen nur unter der Bedingung, dass ein „Arbeitszeitkorridor“ gilt
- ▶ Wesentliche Regelungen des Manteltarifvertrags sollen dann nicht mehr gelten:
 - ▶ Arbeitszeit nicht mehr im Flächentarifvertrag geregelt
 - ▶ Betriebsparteien legen Arbeitszeit fest zwischen 30 und 40 Stunden/wöchentlich
 - ▶ Keine bezahlte Dreischichtpause mehr!
 - ▶ Regelmäßige Samstagarbeit
 - ▶ Keine Freistellungstage mehr!
 - ▶ Keine Quote für 40 Stünder!
 - ▶ Kollektive Absenkung von Arbeitszeit ohne Beschäftigungssicherung
 - ▶ Einkommen kann einfach abgesenkt werden, wenn weniger Arbeitsstunden vom Arbeitgeber festgelegt werden. Also z.B. 30 Stunden arbeiten und für 30 Stunden bezahlt werden! Mit allen Nachteilen bei Rente, Krankengeld, Urlaubsgeld, Arbeitslosengeld, Sonderzahlung ...
 - ▶ Flexikonten ohne Ausgleichszeitraum
 - ▶ Entkoppelung von Entgelt und Arbeitszeit
- ▶ Die Beschäftigten sollen die Arbeitszeitverkürzung selbst bezahlen: Volle Kostenkompensation!



Wie geht es jetzt weiter?

Die Tarifkommissionen aller ostdeutschen Tarifgebiete beraten am 25. Juni den Stand gemeinsam in Leipzig.

Klar ist: Jetzt werden wir die Arbeitszeitangleichung Betrieb für Betrieb angehen!

Am 29. Juni setzen wir bei #fairwandel in Berlin ein klares Zeichen: Arbeitszeit auch in Ostdeutschland 30 Jahre nach der Wende endlich #fairkürzen: **35-Stundenwoche – alles andere ist nicht fair!**

Sei dabei, werde Mitglied
... oder werbe ein Mitglied!



www.igmetall.de/beitreten